WP-01-K1-119-4

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Nicholas Martin (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 118 bis 119 einfügen:
verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen einen einfacheren Zugang zu privatem Kapital zu ermöglichen. Erfolgreiche Ansätze aus anderen Ländern werden wir für Deutschland anpassen und es Versicherungen, Rentenkassen und Privatpersonen erleichtern, bei vertretbarem Risiko in Start-ups und Scale-ups zu investieren. Zusätzliche öffentliche Unterstützung für Scale-ups werden wir prüfen. So wollen wir mehr Kapital für Zukunftstechnologien mobilisieren und diese auf industrielle Maßstäbe skalieren.

Begründung

Im Aggregat sehr beträchtliche private Vermögenswerte gerade „kleiner“ SparerInnen in Deutschland und Europa sind heute in Versicherungen und Renten- bzw. Pensionskassen und -fonds gebunden. Aus regulatorischen Gründen können diese bislang nur sehr begrenzt in Startups und Scale-Ups investiert werden. Dies ist ein wichtiger Grund warum für junge Unternehmen in Deutschland und Europa der Zugang zu Kapital oft schwierig ist und sie in die USA abwandern. Umgekehrt bleiben gerade Renten-/Pensionskassen und kleine SparerInnen so von jenem Unternehmenssegment, dass insgesamt die besten Renditechancen verspricht, ausgeschlossen, mit entsprechenden negativen Konsequenzen für den Aufbau von Vermögen gerade bei den Bezieherinnen kleinerer Einkommen sowie der Finanzierung der Alterssicherung. Länder wie Schweden zeigen, dass bessere Lösungen auch im Rahmen eines „europäischen“ Sozialmodells möglich sind. Der Änderungsvorschlag zielt darauf ab, dies anzugehen. Die Aufnahme dieser Reformagenda im Draghi-Report unterstreicht seine Wichtigkeit.

Gerade im Clean-Tech Bereich benötigen Scale-Ups oft sehr große Kapitalmengen. Da die first-of-a-kind Skalierung neuer Technologien im industriellen Maßstab aber sehr risikoreich ist, fallen private Kapitalgeber oft aus. Dies ist ein wichtiges Problem für die Klimapolitik und die Wirtschaftspolitik allgemein. Anderen Länder, z.B. die USA, haben daher bereits dedizierte Förderinstitutionen speziell für Scale-ups (z.B. das Department of Energy Loans Program Office, welches eine wichtige Funktion in der amerikanischen Klima- und Industriepolitik hat.) Da die Problemlage bei Scale-ups anders als bei Start-ups ist, und Scale-up/Start-up Förderprogramme eher getrennt werden sollten, verdient das Thema eine explizite und eigene Nennung im Parteiprogramm, neben der Startup-Finanzierung.

weitere Antragsteller*innen

Clemens van Dinther (KV Karlsruhe); Jérôme Treperman (KV Berlin-Neukölln); Jan Meißner (KV Düren); Selina Lea Sophie Storm (KV Hamburg-Altona); Frank Kirchhoff (KV Saarpfalz); Elisabeth Gertrud Does (KV Karlsruhe); Ann-Katrin Knemeyer (KV Hamburg-Eimsbüttel); Julian Joswig (KV

Rhein-Hunsrück); Bernd Michael Fernengel (LV Hessen); Kevin Roth (KV Odenwald-Kraichgau); Michael Merkel (KV Bochum); Marcel Ernst (KV Göttingen); Sonja Klingert (KV Karlsruhe); Peter Weber (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Knut Maximilian Kiesel (KV Main-Kinzig); Dave Sander (KV Harz); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Vincent Scheller-Hein (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.